

Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

Email: info@die-soziale-bewegung.de



Rundmail

18. März 2010

Demonstration am Samstag in Essen und weitere aktuelle Informationen

Die Themen:

1. Aktionen "Wir zahlen nicht für eure Krise!" am 20. März
 - in Essen und
 - in Stuttgart
2. Aktionskonferenz am 17. April in Wiesbaden
3. Hartz IV und Mindestlohn
4. Arbeitshilfe: Kommunale Aktivitäten zum Sanktionsmoratorium
5. Attac Bankentribunal vom 9. bis 11. April an der Volksbühne Berlin
6. E-Petition gegen Residenzpflicht
7. Nächstes Bundesweites Treffen des ABSP

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Angriffe der dem Kapital nahestehenden Parteien, von Organisationen und Prominenten gegen die Lohnabhängigen, vor allem gegen diejenigen ohne Erwerbstätigkeit, nehmen an Schärfe zu. So forderte z. B. ein Gastautor in der Frankfurter Allgemeinen, dass der Hartz-IV-Bezug auf fünf Jahre begrenzt werden solle und damit den Bruch des Sozialstaatsgebots, einer Lehre aus den Erfahrungen mit dem Faschismus (Kurz-Link zu diesem Beitrag: <http://bit.ly/b5L6t5>). Auf der anderen Seite häufen sich aktuell auch abenteuerliche und unglaubliche Vorschläge, die den durch Sozialabbau und Lohndumping Betroffenen angeblich Erleichterung verschaffen sollen (siehe 3. Hartz IV und Mindestlohn). Gegen Sozialkahltschlag stellt sich die Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn, um das Existenzminimum zu sichern und damit menschenverachtenden Angriffen auf den Sozialstaat entgegenzutreten. Sorgen wir dafür, dass die Bündnisplattform durchgesetzt wird!

1. Aktionen "Wir zahlen nicht für eure Krise!" am 20. März in Essen:

Besonders aus dem Ruhrgebiet, aber auch aus gesamt Nordrheinwestfalen und aus weiteren Bundesländern, bereiten sich viele Tausend Menschen darauf vor, mit dieser Demonstration am Sa, 20. März, ein Zeichen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Erwerbstätigen, der Erwerbslosen, Studierenden, RentnerInnen, sprich: aller Lohnabhängigen, egal welchen Alters, und gegen das Kaputt-Sparen der Kommunen, zu setzen.

Das Bündnis 31. Januar hat einen Treffpunkt vorgeschlagen:

Vor dem Haupteingang Hotel Mövenpick Essen (am Willy Brandt Platz, also direkt am Hauptbahnhof).

Dieser Treffpunkt bietet sich für alle an, die besonders für die drei Forderungen nach 30-

Stundenwoche, 10 Euro Mindestlohn und 500 Euro Eckregelsatz Druck machen wollen.
Weitere Infos, Demoroute, Mitfahrbörse findet Ihr unter
<http://www.krisendemo-nrw.de>

in Stuttgart:

Unter dem Motto "Nicht auf unserem Rücken - Für gute Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit!" rufen sämtliche DGB-Gewerkschaften zu einer Protestaktion auf:

Samstag, 20. März, Beginn 11:00 bis ca. 13:00 Uhr, Kronprinzenstraße Stuttgart (S-Bahn-Aufgang Stadtmitte). Flugblatt:

http://www.die-soziale-bewegung.de/2010/03-20_stuttgart/dgb_20M_a4_flyer_cmyk.pdf

Plakat:

http://www.die-soziale-bewegung.de/2010/03-20_stuttgart/dgb_20M_a4_poster_cmyk.pdf

(Achtung: Beide Dateien sind relativ groß, je ca. 2,5 mb)

Beide Aktionen wenden sich dagegen, dass das Kapital für die Krisenlasten nicht zur Kasse gebeten, sondern im Gegenteil noch mit Steuergeschenken und Stützungspaketen für Banken und Großunternehmen weiter gemästet wird.

Daher werden in Essen wie in Stuttgart viele Menschen vor Ort sein, welche die Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn unterstützen und weiter verbreiten werden. Wir schlagen vor, beide Anlässe intensiv zu nutzen, um für die Bündnisplattform Werbung zu machen und Unterschriften zu sammeln. Ein Weg, um die Profiteure zur Kasse zu zwingen!

2. Aktionskonferenz am 17. April in Wiesbaden

Die nächste Konferenz des Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise!" wird am Sa, 17. April, in Räumlichkeiten des Hessischen Landtags in Wiesbaden stattfinden.

Einladung:

www.die-soziale-bewegung.de/2010/04-17_konferenz_wiesbaden/einladung_17april_wi.pdf

3. Hartz IV und Mindestlohn

Einerseits wird die Hetze gegen Erwerbslose immer ungeheuerlicher. Auf der anderen Seite beginnen verschiedene politische Parteien, immer abenteuerlichere Konzepte zur Sicherung eines Existenzminimums zu verbreiten.

Darauf hat der Kampagnenrat des Bündnis 500 Euro Eckregelsatz reagiert:

- "FDP für gesetzlichen Mindestlohn":

<http://www.500-euro-eckregelsatz.de/17-2010031782.html>

Die FDP will durch 40-prozentige staatliche Subventionen ein Existenzminimum für Erwerbstätige garantieren, welches aber auch direkt durch die Industrie mit 10 Euro Mindestlohn (Lohnsteuerfrei) hergestellt werden könnte. Der Ansatz der FDP bedeutet einen massiven weiteren Angriff auf die Löhne in breiter Front.

- "SPD: Schaumschlagen mit 8,50 Euro Mindestlohn":

<http://www.500-euro-eckregelsatz.de/17-2010031783.html>

Die SPD gibt vor, mit dem Vorschlag eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro die Grundprinzipien von Agenda 2010 und Hartz IV hinter sich zu lassen. Es handelt sich dabei aber um durchsichtige Täuschungsmanöver und Falschbehauptungen.

Insgesamt wird durch diese durchsichtigen Täuschungsmanöver von FDP und SPD deutlich, dass die Arbeit der Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn weiter verstärkt werden muss.

4. Arbeitshilfe: Kommunale Aktivitäten zum Sanktionsmoratorium

Die KOS hat nun eine Arbeitshilfe veröffentlicht, welche von mehreren Akteuren gemeinsam

entwickelt worden ist. Es sind verschiedene Aktionen vorgeschlagen, die den Druck der Kampagne für ein Sanktionsmoratorium verstärken sollen:

http://www.erwerbslos.de/images/stories/dokumente/aktivitaeten/arbeitshilfe_santionsmoratorium.pdf

Kurzlink: <http://bit.ly/cvizrJ>

5. Attac Bankentribunal vom 9. bis 11. April an der Volksbühne Berlin

"Wir untersuchen den Skandal um die Bankenrettungen, betreiben Ursachenforschung und ziehen Verantwortliche zur Rechenschaft." Weitere Informationen:

<http://www.attac.de/bankentribunal>

6. E-Petition gegen Residenzpflicht

Der Residenzpflicht im Hartz-IV-System (hier Erreichbarkeitsanordnung genannt) war die auf Asylbewerber angewandte Residenzpflicht seit vielen Jahren vorausgegangen. Sie stellt eine grausame und sinnlose bürokratische Maßnahme dar.

Es gibt nun eine E-Petition gegen diese Residenzpflicht. Ein Erfolg dieser Petition kann auch den Druck auf die Erreichbarkeitsanordnung erhöhen. Hier kann die Petition direkt unterstützt werden:

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=10249>

Und hier gibt es weitere Informationen:

<http://www.residenzpflicht.info/news/e-petition-gegen-residenzpflicht/>

7. Nächstes Bundesweites Treffen des ABSP

Das nächste Bundesweite Treffen des ABSP wird am 24. April in Aschersleben stattfinden. Aufgrund verschiedener Terminüberschneidungen kann der ursprünglich geplante, andere Termin leider nicht beibehalten werden.

Mit solidarischen Grüßen

Wolfram Altekrüger, Martina Dietze, Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Michael Maurer, Edgar Schu, Roland Klautke, Dieter Weider, Helmut Woda

Koordinierungsstellen (Email-Adressen, „ at “ bitte durch „ @ “ ersetzen):

Wolfram Altekrüger, W.Altekrueger at gmx.de (Sachsen-Anhalt); Martina Dietze, groeditz-md at gmx.de (Dresden); Michael Maurer, m.maurer2 at gmx.de (Brandenburg); Thomas Elstner, thomas_elstner at web.de (Gera/Thüringen); Helmut Woda, Helmut.Woda at web.de (Karlsruhe); Teimour Khosravi teik1111 at gmx.de (Gießen/Mittelhessen); Dieter Weider, DieterWeider at mdcc-fun.de (Magdeburg/Sachsen-Anhalt); Roland Klautke, RolandKlautke at web.de (Berlin)

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu at die-soziale-bewegung.de, 0551 9964381 (Göttingen)

Wissenschaftliche Beratung: Peter Grottian, per Email über benedictugarte at aol.com, Tel.: 0171 8313314 (ruft gerne zurück)

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de